

„Wenn die Finanzierung ins Stocken gerät, leitet das den kontrollierten Untergang der Schiene ein“

Die Sitzung des Aufsichtsrates der DB InfraGO AG am Donnerstag hat einmal mehr gezeigt, wie dramatisch es um die Finanzierung der Schieneninfrastruktur in Deutschland bestellt ist. Schon 2023 musste die Deutsche Bahn mit milliardenschweren Beträgen in Vorkasse gehen, um die notwendige Generalsanierung des Schienennetzes auf den Weg zu bringen.



Das dafür notwendige Geld ist von der Politik bereits zugesagt, steht aber vor der kommenden Sitzung des Haushaltsausschusses im Bundestag erneut auf der Kippe. Insgesamt sind Beträge im hohen Milliardenbereich ungeklärt - mit dramatischen Folgen für unsere Bahnen und die Industrie.

Unsere Aufsichtsräte sagen klar und deutlich: Der Bund als Eigentümer muss jetzt liefern und Verantwortung übernehmen, damit dringende Großprojekte, wie die Sanierung maroder Trassen, umgesetzt werden können. Der stellvertretende EVG-Vorsitzende Kristian Loroach betont: „Wenn die Finanzierung der Infrastruktur am 18. Dezember in irgendeiner Form durch den Haushaltsausschuss zum Stocken gebracht wird, dann leitet das den kontrollierten Untergang der Schiene in Deutschland ein. Das ist eine Ohrfeige für alle Eisenbahnerinnen und Eisenbahner, die täglich alles dafür tun, das System am Laufen zu halten.“

Informationen zu den Aufsichtsratswahlen 2025 gibt es hier.

(<https://www.evg-online.org/aufsichtsratswahlen/>)